



Die Straße Am Freistuhl in Brambauer soll erneuert werden. Die Kosten müssten die Anlieger mittragen. Die wehren sich und organisieren sich in einer Bürgerinitiative.

FOTO BLANDOWSKI

Anliegerbeiträge schüren Unmut auch in Brambauer

BRAMBAUER. Der Bund der Steuerzahler und die NRW-SPD wollen Anliegerbeiträge für Straßensanierungen abschaffen. Auch in Brambauer regt sich Widerstand – es gibt eine Bürgerinitiative.

Von Michael Blandowski und Marc Fröhling

Zahlreiche Anwohner der Straßen „Am Freistuhl“ und „Diebecker Weg“ in Brambauer haben am vergangenen Montag (12.11.) bei einem Nachbarschaftstreffen in der Gaststätte Bürgerkrug eine Bürgerinitiative gegründet. Beide Straßen sollen demnächst erneuert werden und die Kosten dafür sollen auf die Grundstückseigentümer umgelegt werden.

Straßen Allgemeingut?

Ziel der neuen Bürgerinitiative ist es, die Stadt Lünen zu einer anderen bürgerfreundlichen Handhabung des Kommunalen Abgabengesetzes (KAG § 8) zu bewegen. Die betroffenen Anwohner argumentieren, dass ihre Straßen Allgemeingut seien und von allen Bürgern benutzt werden können. Ein oft zitierter wirtschaftlicher Vorteil, so die Anwohner, erschließe sich ihnen nicht.



Die Mitglieder der neuen Bürgerinitiative Brambauer möchten die Stadt Lünen zu einer anderen bürgerfreundlichen Handhabung des Kommunalen Abgabengesetzes bewegen.

FOTO BÜRGERINITIATIVE

Mit dieser Meinung stehen die Brambauer Bürger nicht alleine da. In ganz NRW und darüber hinaus in diversen anderen Bundesländern verstärkt sich der Unmut und es formiert sich eine starke Gegenwehr. Der Bund der Steuerzahler sammelt Unterschriften

für eine Volksinitiative gegen die Straßenbaubeiträge, 15.000 Menschen haben Stand Freitag schon unterschrieben. Die SPD-Landtagsfraktion legte dem Parlament sogar schon einen Gesetzesentwurf dazu vor.

Den Entwurf trägt auch die

Lüner SPD mit: „Der angeblich wirtschaftliche Nutzen für die Anlieger ist dabei selten nachvollziehbar“, sagt Michael Hausteil, Lüner SPD-Fraktionsvorsitzender, Straßenausbau ist für den Fraktionsvorsitzenden „Bestandteil der Daseinsvorsorge“. In

NRW sollten die Beiträge laut SPD aus dem Landeshaushalt übernommen werden.

Die Wählergemeinschaft Gemeinsam für Lünen (GFL) hat indes angekündigt, eine Resolution zur Abschaffung der Anliegerbeiträge in die letzte Ratssitzung des Jahres einbringen zu wollen: „In unserer Stadt werden Straßenausbaubeiträge erhoben, die in der Bevölkerung aus nachvollziehbaren Gründen immer wieder zu Grundsatzdiskussionen führen. Im Kern geht es dabei um die Schaffung gleicher Lebensbedingungen in Deutschland. Denn in vielen Bundesländern werden diese Straßenausbaubeiträge gar nicht erhoben“, sagt GFL-Fraktionsvorsitzender Johannes Hofnagel.

All dies, berichten die Sprecher dieser Brambauer Bürgerinitiative Claudia Polzin sowie die beiden Stellvertreter Silvia Piontkowski und Thorsten Alegro, gebe Anlass zur Hoffnung und bestärke sie in ihrem Tun.